

Der dritte Weg – der Lauf der Dinge

Wir sollten der Politik, die uns die EURO-Krise brachte, deren Lösung nicht unbedingt zutrauen.

Politiker können gut verhandeln, aber handeln können sie gewöhnlich schlecht. Denn Politiker sind keine Händler. Sie hassen das Risiko. Sie tun sich schwer mit Märkten und misstrauen ihren Spielern, die sie oft „Spekulanten“ nennen.

Verhandeln, um Zeit zu gewinnen und Druck aus dem System zu nehmen, hilft uns in Zeiten kriegerischer Auseinandersetzung. Die Politik erlebt ihre Glanzzeit in der Lösung von Konflikten, die von persönlicher oder staatlicher Feindschaft geprägt sind. Aber mit derselben Energie lähmt uns die Verhandlungswut unserer Oberen bei wirtschaftlichen Angelegenheiten – oft bis zum völligen Stillstand. Diesen Stillstand können wir in der aktuellen EURO-Krise beobachten. Nichts scheint sich mehr nach vorne zu bewegen. Aber der Druck im Kessel steigt unaufhörlich an.

Griechenland mit seinen nagelneuen Brücken und Autobahnen ist im Kern ein gigantisches Konjunkturprogramm für die Exportnationen Europas. Leider wurde das Geld in Dinge investiert, die die Welt nicht unbedingt benötigt. Sollten wir uns dann wundern, wenn dieser Weg in eine Sackgasse führt? Eines sollten wir auf keinen Fall tun: den Misswirten nun auch noch die Suche nach dem Ausweg zu überlassen? Denn jeder weitere politische Eingriff verzerrt die Märkte noch mehr und sendet noch fatalere Signale an die Händler.

Dies wird umso klarer, wenn wir uns der Tatsache bewusst werden, dass in der Vielzahl der diskutierten Lösungsvorschläge der naheliegendste Weg kaum Beachtung findet. Der Weg nämlich, der den Dingen ihren Lauf lässt. Warum fürchten wir uns so sehr vor ein wenig mehr laissez-faire? Wovor haben wir Angst? Vor dem Chaos ungezügelter Energien, vor dem Super-GAU der Ökonomie?

Denken wir doch die Dinge einmal zu Ende! Vielleicht sehen wir dann Licht am Ende des Tunnels. Was würde passieren im Falle einer planlosen Pleite Griechenlands? Man mag befürchten, dass Griechenland in diesem Falle keine funktionierende Währung mehr hätte, in den Orkus gestürzt würde und die gesamte EURO-Zone mitreißt.

- Fakt ist aber, dass solange eine beliebige Währung dieser Erde von den Menschen für sicher gehalten wird, diese Währung in staatsbankrotte Länder einsickert und dort die Rolle des Zahlungsmittels übernimmt. Siehe die D-Mark im

Balkan der 90er Jahre. Tauschwirtschaft bleibt die Ausnahme. Die Konsequenz einer planlosen Pleite wäre vielmehr, dass ein Großteil staatlich veranlasster Ausgaben nicht mehr getätigt werden kann. Der Staat verfügt nicht mehr über die dafür nötigen Finanzmittel. Viele dieser Aufgaben, sofern sie nachgefragt werden, übernimmt erfahrungsgemäß die schnell aufblühende Schattenwirtschaft.

- Fakt ist auch, dass der griechische Staat sich genau wie schon heute und auch im Falle eines Schuldenschnitts nicht mehr an den internationalen Finanzmärkten finanzieren könnte. Er wäre auf die Bereitschaft seiner Bürger angewiesen, Steuern zu entrichten. Er wäre auch auf die Bereitschaft der EU-Bürger für einen neuen Marshall Plan angewiesen. Diese Bereitschaft wächst mit dem Grad der empfundenen Steuergerechtigkeit. Damit ist es in Griechenland nicht weit her. Der einfachste und schnellste Weg zu einem gerechten Steuersystem ist die Mehrwertsteuer. Sie ist für Alle gleich, also zutiefst gerecht. Ihr kann sich auf Dauer nur der Illegale entziehen. Sobald ein Staat wieder Tritt fasst, schrumpft erfahrungsgemäß dieses Problem.
- Fakt ist auch, dass der Staat seine Ausgaben auf das Überlebenswichtige konzentrieren muss – die Polizei, die Armee, die Gerichte. Aller Ballast wird zwangsweise abgeworfen. Da das Steuersystem, das Katasteramt und viele andere Behörden in Griechenland ohnehin nicht effektiv funktionieren, wird die Wirtschaft durch diesen Staatsverzicht nur bedingt getroffen. Der erzwungene Gehaltsverzicht der Beamten führt zu einem Ausfall staatlich induzierter Nachfrage. Die Preise für die im Inland produzierten Güter des täglichen Bedarfs fallen rapide. Beamte ohne Lohn müssen an ihre Ersparnisse gehen, Immobilien und andere Anlagen kommen auf den Markt. Auch deren Preise sinken.
- Fakt ist auch, dass umgehend zum Beispiel Fahrzeuge der Marke Mercedes Benz oder BMW für die meisten Griechen unerschwinglich werden. Segelyachten und Urlaubsreisen in den Westen auch. Der Import gebrauchter langlebiger Konsumgüter wird also rasant ansteigen, solange man ihn nicht künstlich abwürgt. Neue Handelsströme entstehen. Über diese Ströme steigen die Preise in den Ländern der Handelspartner. Haben wir ein Problem damit, dass unsere Gebrauchtwagenhändler, die die Abwrackprämie mit Mühe und Not überlebt haben, nun neue Märkte finden?
- Fakt ist auch, dass Lebensmittel und andere griechische Exportgüter preiswerter werden, da die Kaufkraft im Lande rapide zurückgeht. Die Konsequenz ist erzwungener Konsumverzicht – genau das, was IWF und Frau Merkel von den Griechen fordern. Denn die Griechen erleben in diesem Falle de facto eine Aufwertung des Euro im eigenen Land. Das Verblüffende dabei ist, dass dieser Effekt auch recht genau demjenigen entspricht, den Frau Merkels Gegenspieler, die Protagonisten der neuen Drachme, herbeisehnen. Das Land wird wie von Zauberhand geleitet international wettbewerbsfähig.
- Fakt ist aber auch die Schattenseite des laissez-faire. Die schlimmste Konsequenz der planlosen Pleite – das lehrt die Geschichte vieler anderer Staaten, die diesen Weg gegangen sind – sind öffentliche Unruhen, Streiks und Plünderungen bis hin zu Mord und Totschlag. Dies klingt böse und erinnert an die der-

zeitigen Zustände im Land. Nur wenn Polizei und Gerichte funktionieren, lässt sich dieses Chaos vermeiden. Dabei müssen wir den Griechen helfen!

Dies alles wächst sich aus zu einem wahren Schock für ein Land, für das der Dornröschenschlaf unweigerlich zu Ende geht. Die Erfahrung lehrt allerdings, dass eine Nation durchaus auf lange Sicht von einem solchen Schock sehr profitieren kann, solange der kulturelle Zusammenhalt, der Klebstoff einer Gesellschaft, stark genug ist. Das müssten gerade wir Deutschen doch am besten wissen. Denn fragen wir uns einmal, warum Westdeutschland zehn Jahre nach dem letzten Krieg ein Wirtschaftswunder schaffen konnte, warum dagegen Ostdeutschland 22 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch zu siechen scheint.

Der entscheidende Vorteil des dritten Weges ist die positive Energie, die in Griechenland entstehen wird. Das Land bekommt Hilfe von seinen Partnern, so wie Deutschland nach dem Krieg. Es findet zusammen, kann die Risse von Diktatur und Vetternwirtschaft kitten. Erhobenen Hauptes, Hand in Hand kehrt man zurück in den Kreis der Erfolgreichen. Ein Ende mit Schrecken zwar, aber viel besser als das ansonsten unausweichliche Brüssler Protektorat Hellas – ein Schrecken ohne Ende, der tausendfaches Leid und schließlich Krieg bedeuten wird.

Krieg in der EU? Unvorstellbar, oder nicht? Vielleicht nicht ganz. Denn ein Blick auf die Landkarte Europas hilft, uns zu erinnern – Sarajevo liegt etwa auf halbem Wege zwischen Brüssel und Athen!

Berlin, im Juli 2011

Peter Jumpertz, Vorstandsvorsitzender, Theron Management Advisors AG